

Deutschland.

Berlin, 2. März. Der Minister des Innern, Graf zu Eulenburg, hat an die königlichen Regierungspräsidenten folgende Circularverfügung erlassen:

„Nach §. 38 des Gesetzes vom 12. Mai 1851 über die Presse bleiben „Berichte von den öffentlichen Sitzungen beider Häuser des Landtags“, insofern sie wahrheitsgetreu erstattet werden, von jeder Verantwortung frei. Diese Bestimmung, welche sich ausdrücklich nur auf die „Berichte von den öffentlichen Sitzungen“ bezieht, kann auf sonstige Rundgebungen und Veröffentlichungen aus dem Bereiche der Landtagsverhandlungen nicht ausgedehnt werden, es sei denn, daß die Publikation durch Druckschriften geschieht, welche von den Häusern des Landtages selbst ausgehen und welche deshalb in Gemäßheit des §. 30 des Pressegesetzes den eben- dasebst in §. 29 vorgesehene Maßnahmen nicht unterliegen. Alle anderweitigen Mittheilungen aus den beiden Häusern des Land- tages, und zwar eben sowohl die von einzelnen Mitgliedern ge- stellten Anträge, wie auch die Kommissionsberichte und sonstigen Referate von den Verhandlungen in Kommissionen und Fraktionen bleiben bei dem Abdruck in Zeitungen und anderen, nicht von den Kammern oder königlichen Behörden ausgehenden Druckschriften der vollen Verantwortung nach Maßgabe des Pressegesetzes und des Strafgesetzbuchs unterworfen. Die Lage der gesetzlichen Bestimmung- en wird bei der Beaufsichtigung der Presse nicht genügend beach- tet. Es ist namentlich in den letzten Wochen vielfach vorgekommen, daß Anträge von Abgeordneten, sowie Berichte über die Kommis- sionsverhandlungen, in welchen Äußerungen objektiv strafbaren Inhalts enthalten sind, unbeanstandet in den öffentlichen Blättern abgedruckt worden sind. Das Königl. Regierungs-Präsidium wolle die mit der Aufsicht über die Presse beauftragten Behörden des vor- tigen Bezirks auf die Unzulässigkeit derartiger Veröffentlichungen und auf die Pflicht zur Verfolgung derselben dringend aufmerksam machen. Gleichzeitig wolle das königliche Regierungs-Präsidium die ernste Beachtung des Erlasses vom 22. Januar v. J. in Be- treff der Beaufsichtigung der Berichte von den öffentlichen Sitzun- gen der beiden Häuser in Erinnerung bringen. Je mehr das Be- streben der regierungsfreundlichen Parteien während der gegenwärti- gen Landtagssession darauf gerichtet ist, die Verhandlungen vor Allem zur Erregung öffentlichen Mißvergnügens auszunutzen desto dringender ist die Verpflichtung der R. Behörden, die ihnen zuste- henden gesetzlichen Befugnisse gegenüber solchen Bestrebungen all- seitig und wirksam in Anwendung zu bringen. Ich rechne in die- ser Beziehung mit Zuversicht auf die entschiedene Mitwirkung des königlichen Regierungs-Präsidiums und der Polizeibehörden des dortigen Bezirks. Berlin, den 19. Februar 1866. Der Minister des Innern, gez. Graf zu Eulenburg.

Kiel, 1. März. Kontre-Admiral Jachmann hält jetzt in dem städtischen Stations-Gebäude am Düsterbrookter Wege wö- chentlich eine Soirée ab, zu welcher die Honoratioren der Stadt und Umgegend geladen sind. — Gestern übergab Korvetten-Kapitän Werner, welcher Dienstag von Berlin hierher zurückgekehrt, Sr. Majestät Segelfregatte „Gefion“ an den Kapitän zur See v. Bothwell, wobei dem Korvetten-Kapitän Werner von der in den Wanten aufgestellten Schiffsmannschaft das übliche dreifache Hur- rah gebracht wurde. Er. Maj. Schrauben-Korvetten „Arfona“, „Hertha“ und Segelfregatte „Gefion“ sind — nachdem sie in den letzten Tagen ihre Besatzung komplett und Kohlen und Kriegs- Munition an Bord genommen — jetzt vollständig seefähig, d. h. sie können zwei Stunden nach erhaltenem Ordre in See stechen. Für die in der Seefeste Friedrichsort aufgestellten Positionsgeschütze und Mörser ist ein dreimastiges Segelschiff mit Kriegs- Munition von Danzig vor Friedrichsort eingetroffen. — Die Berufung von fünfzehn, größtentheils der gegenwärtig im Lande dominirenden Partei angehörenden Männern zur Verathung des holsteinischen Budgets bekräftigt wieder vollkommen die Ansicht vieler unbefangener Landes- bewohner, daß der Statthalter Freiherr v. Gablenz sich bemüht, die Popularität bei dieser Partei um jeden Preis zu erhalten. — Der Kommandant der Kaiserlich österreichischen Schrauben-Korvette „Erzherzog Friedrich“, Fregatten-Kapitän Wiplinger, ist von Triest hier wieder eingetroffen.

Lunden (Holstein), 28. Februar. Zu der heutigen Dele- girten-Versammlung der Schleswig-Holsteinischen Vereine hatte sich eine so große Zahl von Theilnehmern eingefunden, daß das Ver- sammlungslokal dieselben nicht fassen konnte und die Versammlung im Freien abgehalten werden mußte.

Dresden, 27. Februar. Der „Pos. Z.“ wird von hier mitgetheilt, daß die von dem Polen Krasnewski zum Besten armer Emigranten abgehaltenen polnischen Vorlesungen untersagt worden seien, weil sie angeblich das politische Gebiet berührten.

Frankfurt a. M., 1. März. In der heutigen Bundes- tags-Sitzung ging die Stimme der 16. Curie von Lichtenstein auf Neuß ältere Linie über. Altenburg macht seinen Beitritt zum Nach- druckgesetz vom Beitritt Sachsens abhängig. Sonderhausen tritt unbedingt, Rudolstadt bedingungsweise dem Nachdruckgesetz bei. Braunschweig drückt den Wunsch weiterer Verhandlung über dieses Gesetz aus. Beide Mecklenburg erklären ihre Bereitwilligkeit zu Beiträgen für die Monum. germ. hist. Braunschweig tritt nach- träglich dem etwas verschärften Votum Sachsens in Bezug auf die Mecklenburger Nationalvereins-Angelegenheit bei. In Betreff des Gesuchs des Präsidiums der Dresdener Kommission für Obligations- Recht, daß der Bundestag die Veröffentlichung des nun vollendeten Werks der Kommission gestatte und die Redaktion dem Justizrath Dr. Franke, dem Protokollführer bei den Verhandlungen, übertragen werde, wird über diesen Gegenstand heute Vortrag gehalten und die Abstimmung soll in 14 Tagen stattfinden. Preußen war zwar im Ausschuß, hat sich aber seines Votums enthalten. Sodann

wurden Nachweisungen über Lazareth- und Verproviantirungswesen in den Bundesfestungen gegeben. Abstimmung fand statt über den Vortrag des Militär-Ausschusses wegen Erhöhung des Munitions- Standes in den Bundesfestungen. Der Antrag, ohngefähr eine Million für diesen Zweck zu verwenden, wird angenommen und be- schlossen, die Summe auf dem Wege der Matrikular-Umlage auf- zubringen.

Wien, 28. Februar. Man sagt, Fürst Lichtenstein solle nach Berlin gehen, um direkt zwischen Monarch und Monarch zu verhandeln und die Differenzen zu schlichten. Wir geben das Ge- rücht ohne Gewähr.

Wien, 28. Februar. Das gestern Abend eingelaufene Te- legramm über die Audienz der Adress-Deputationen des ungarischen Landtags bei Sr. M. dem Kaiser wußte nichts von „Eisens“ zu melden, desgleichen nicht das Telegramm über die heutige Sitzung der Deputirten, in welcher über den Empfang der Deputation Bericht erstattet wurde. Es scheint also, daß man in Ungarn Anderes erwartet hatte und durch die fast bis zur Strenge rei- chende Entschiedenheit der Kaiserl. Antwort höchlich überrascht und betroffen war. Desto wohlthuernder war der Eindruck, den sie in Wien hervorgerufen hat; man steht nun, daß die Thronrede vom 14. d. M., indem sie von der Wahrung der Reichseinheit sprach, sich nicht in leeren Worten bewegt hat. Es mag wohl sein, daß man sich in Pesth gewaltigen Illusionen hingegeben hatte; wer sie hervorgerufen hat, braucht hier nicht untersucht zu werden. Ziem- lich allgemein herrschte dort der Glaube, daß das Königl. Reskript mindestens die Gewährung des verantwortlichen Ministeriums brin- gen werde. Findet es doch der „Pesther Lloyd“ heute noch ange- messen, zu behaupten, die Kaiserl. Antwort habe die „gemeinsamen Angelegenheiten“ fallen lassen und betone nur noch die „gleichen In- teressen“. — Das Königl. Antwortreskript auf die kroatische Landtagsadresse ist während der jüngsten Ministerberatungen in Ofen festgestellt worden; seine Veröffentlichung steht bevor. Was über den Inhalt verlautet, läßt gleichfalls auf eine entschiedene Sprache schließen. Das Reskript soll mit Befriedigung Akt neh- men davon, daß der Landtag den negativen Standpunkt der 1861er Adresse verlasse und die Nothwendigkeit einer gemeinsamen Behand- lung der gemeinsamen Angelegenheiten im Prinzip anerkenne. Ver- meine der Landtag, diesfalls am zweckmäßigsten im Verein mit dem Königreich Ungarn vorgehen zu können, so habe die Krone dage- gen nichts einzuwenden; aber dann möge er ohne Säumniß Hand ans Werk legen und zur Wahl von Deputationen behufs der Ver- handlung mit dem Pesther Landtag schreiten. Auf eine Erörterung der Frage wegen Vereinigung Dalmatiens mit Kroatien und Sla- vonien will Sr. Maj. der Kaiser nicht früher eingehen, bis die Verhältnisse Kroatiens zu Ungarn einerseits und zum Reiche ande- rerseits gesetzlich geregelt sind. Die erbetene Vereinigung der Mi- litärgrenze mit Kroatien wird abgelehnt. Noch ein anderes Kgl. Reskript lehnt die Repräsentation des Agrarier Landtages ab, in welcher gebeten war, die ausgeschriebene Rekrutierung im Umfange des Königreiches einstweilen zu sistiren.

Ausland.

Aus der Schweiz, 27. Februar. Daß die Schweizer während der letzten 6 Jahre bedeutende Fortschritte in der Kunst zu schießen gemacht haben, zeigt eine Vergleichung der drei letzten Schützenfeste. Um einen Becher zu gewinnen, d. h. 100 Treffer zu machen, wurden am Fest zu Lausanne 1155 Schüsse gethan, an dem zu Stans je 1140; endlich zu Schaffhausen je 763.

— Herr Fazy, welcher wegen eines blutigen Aufstandes in Genf vor das eidgenössische Gericht gefordert, nach Paris entwich, hat vorige Woche einfach seinen Sitz in der Bundesversammlung wieder eingenommen, ohne daß eine Stimme des Widerspruchs sich erhob.

Paris, 28. Februar. Gestern hat die Adressdebatte zu einem jener parlamentarischen Stürme geführt, die das Entzücken der Franzosen immer gewesen sind. Latour-Dumoulin, einst Vor- stand des Presbureau, und Pamard, ganz wüthender Bonapartist und Freund von Granier de Cassagnac hielten stark bonapartistisch gefärbte Reden, den Liberalen allerdings übel misspielend. Dann kam Herr Glais-Bizoin, den man den Bossy des Corps législatif nennt, er wechselte so grimmige und starke Redensarten gegen die Kaiserliche Regierung, daß Graf Walewski fort und fort mit Pro- testen und Ordnungsrufen ripostiren mußte. Dabei wurde die Versammlung so unruhig, die Opposition so grob und die Majo- rität so laut, daß der arme Walewski sich zuweilen gar nicht mehr zu helfen wußte; ihm einen Vorwurf daraus zu machen, wäre un- gerecht, auch Duc de Morny hätte diesen Sturm nicht zu durch- wettern vermocht, höchstens der alte Dupin. Herr Glais-Bizoin qualifizierte die Männer der Majorität ganz offenerzigt als mora- lische Mitschuldige an dem Verfall, in welchen sich die französische Nation befinde. Er verhöhnte die Kaiserliche Thronrede geradezu, sie habe gesprochen wie Gott in der Genesis: „Und ich sehe, daß Alles gut ist!“ Er versicherte, daß die Kaiserliche Politik von Dänemark und Warschau über Rom und Mexiko bis Cochinchina überall Fiasco gemacht habe, und doch fände der Verfasser der Thronrede, daß Alles gut sei. Er paulte namentlich auf Mexiko, sprach von der Niederlage vor Puebla. Noch grimmiger und per- sönlicher wurde der Redner, als er auf das Budget kam, und nahm endlich sogar keinen Anstand, des Kaisers Buch über Julius Cäsar als eine Schrift zu bezeichnen, die nur durch ihren schönen Druck bemerkenswerth sei. Den Staatsstreik und die Aufhebung der Republik nannte er die Brutalität der Kanonen und sprach in höchst verfänglicher Weise von Eibbrüchen. Die Verbote fremder Blätter hieß er: „die Kontinentalperre der Intelligenz“, die Ver- warnungen eine Empörung der Gewissen, weil sie unter keiner ab-

soluten Regierung vorgekommen.“ Doch genug zur Charakteristik dieser Rede, jedenfalls ist eine solche seit dem Staatsstreik nicht gehalten worden. Es läßt sich nicht in Abrede stellen, daß Herr Glais- Bizoin ein geistreicher und muthiger Mann ist, und daß er auch in vielen Punkten Recht hat, wird ihm Keiner im Ernst bestreiten; aber er ist weder ein politischer, noch ein parlamentarischer Mann, und seine Rede wird gerade das Gegentheil von dem hervorbrin- gen, was er beabsichtigt hat. Der Kaiser wird sich durch diese blutigen Ausfälle gegen seine Minister, gegen sein System und gegen seine Person ganz gewiß nicht verlocken lassen, dem Corps législatif eine größere parlamentarische Freiheit zu beschereen. Die Opposition hat das auch schon eingesehen; denn so laut und stür- misch sie gestern war, so still und kalt war sie heute; sie geneh- migte ohne Weiteres das Protokoll der gestrigen Sitzung, obgleich man beinahe mit Gewißheit Einwendungen erwartet hatte. Was man von der Unzufriedenheit des Kaisers mit der Haltung des Grafen Walewski nicht nur, sondern auch des Staatsministers Rouher erzählt, ist sicherlich erfunden.

— Hier ein Proöchen parlamentarischer Herrlichkeit aus der Sitzung des corps législatif vom 27. Februar:

Glais-Bizoin: ... Guter Gott, Herr Minister, machen Sie Ihre Augen zu, verstopfen Sie Ihre Ohren; thun Sie dies wäh- rend sechs Monaten, öffnen Sie dieselben dann wieder und Sie werden sehen, daß das Kaiserreich deshalb doch ganz gut seinen Weg gegangen ist. Diese Gefühle machen dem Ehre, der sie aus- drückt, denn er weiß, daß bei furchtsamen Leuten in der Dunkelheit sich die Furcht verdoppelt. (Lebhafteste Unterbrechung: Genug! genug!) — Rouher (Staats-Minister): Das ist keine Politik, das ist Posen- reißerei. (Furchtbarer Lärm: Zur Ordnung! Zur Ordnung! Bei- fall von anderen Bänken.) — Pelletan: Das ist eine Beleidigung. — Jules Simon: Man darf die Deputirten nicht insultiren. — Eine Stimme: Die Deputirten müssen die Kammer respektiren. — Garnier-Pagès: Herr Minister! Nehmen Sie das Wort zurück. (Furchtbarer Sturm. Lange Unterbrechung.) — Picard: Antworten Sie Herrn Thiers, aber beleidigen Sie nicht Herrn Glais-Bizoin. — Glais-Bizoin: Ich weise die Worte des Ministers mit tiefer Verachtung zurück. (Lange andauernder Lärm.) — Zahlreiche Stimmen: Genug! Genug! Zum Schluß! Befragen Sie die Kammer, Herr Präsident! — Präsident: Der Schluß der Debatte ist verlangt. Ich lasse abstimmen. — Der Schluß der Debatte wird ausgesprochen. — Pelletan: Die Abstimmung ist nicht ver- standen worden. — Zahlreiche Stimmen: Doch! Doch! — Pelletan verlangt das Wort. Er behauptet, der Schluß der Debatte sei nicht verlangt worden. — Der Präsident sagt dagegen, daß drei Viertel der Deputirten den Schluß der Debatte verlangen, und er habe ihn deshalb ausgesprochen. — Pelletan: Das ist Gewaltthä- tigkeit. (Sturm.) — Eine Stimme: Die Gewaltthätigkeit ist auf Ihrer Seite. — Jules Favre: Von diesem Zwischenfalle bleibt eine Beleidigung und eine Unschicklichkeit, welche beide von der Mi- nisterbank ausgegangen sind. (Lärm.) — Präsident: Sie haben nicht das Wort; wenn Sie es ergreifen, werde ich Sie zur Ord- nung rufen. — Rouher (Staats-Minister): Es bleibt die Pflicht der Regierung, sich Achtung zu verschaffen, und wir werden sie uns verschaffen. — Glais-Bizoin: Sie werden ihr keine Achtung ver- schaffen, wenn Sie die Deputirten beleidigen. (Lärm.) — Rouher (Staats-Minister): Man macht eine Regierung nicht eine halbe Stunde lang lächerlich, wie Sie es gethan. — Picard: Der Herr Minister schuldet sich, er schuldet der Würde der Kammer, das, was er gesagt, zurückzunehmen. (Fortdauernder Lärm.)

Die Diskussion der einzelnen Paragraphen wird auf morgen vertagt.

London, 28. Februar. In der gestrigen Unterhaus- Sitzung beantragte Mr. Crawford einen Sonderausschuß über die Post- und Telegraphenverbindung zwischen England und Ostindien. Er selbst gebe an 3000 L. jährlich für Telegramme nach Indien aus und wisse daher über die Mängel des Systems ein Lied zu singen. Der Draht zwischen London und Indien sei in den Händen von sieben verschiedenen Verwaltungen, die zusammenwirkend in den Botschaften die ärgerlichsten, lächerlichsten, sinnförendsten Fehler hervorbringen. Am grausamsten gingen die türkischen Beamten mit den ihnen zur Weiterleitung anvertrauten Telegrammen um. Während des amerikanischen Bürgerkriegs z. B. telegraphirte er nach Indien: „News to 10 March in favour of holders“ (die Nachrichten bis zum 10. März sind zu Gunsten von Besitzern); daraus wurde gemacht: „News to 10 March savours of soldiers“ (die Nachrichten schmecken nach Soldaten). Man habe der türki- schen Regierung vorgeschlagen, Engländer am Draht anzustellen; aber dies verhinderte sogleich die Eifersucht Frankreichs und Ruß- lands. Um gerecht zu sein, füge er bei, daß ebenso alle franzö- sischen Verbesserungsvorschläge auf die Eifersucht Rußlands und Englands stießen. — Mehrere Mitglieder und auch der Schatz- kanzler finden die Beschwerden des Antragstellers gerechtfertigt und die Motion wird genehmigt.

— Die „Gazette“ veröffentlicht die Bestimmungen, die der Staatssekretär des Auswärtigen zur Aufrechthaltung der Neutra- lität Englands während der zwischen Spanien und Chili-Peru bestehenden Feindseligkeiten an die betreffenden Behörden erlassen hat. Sie lauten im Wesentlichen:

Den Kriegsschiffen der kriegsführenden Mächte soll das Ein- laufen in englische Häfen zu militärischen Zwecken oder zu militä- rischer Ausrüstung verboten sein. Keinem solchen Schiffe ist es gestattet, aus einem englischen Hafen auszulassen vor dem Ablauf von 24 Stunden, nachdem der andere kriegsführende Macht zuge- hörige Schiffe ihn verlassen haben. Kriegs- oder Kaperschiffe der kriegsführenden, die in einen englischen Hafen eingelaufen sind, haben ihn binnen 24 Stunden nach dem Eintritt zu verlassen,

Hamburg, 2. März. Der Getreidemarkt war heute auch für Locobrod fast leblos; Preise nominell. Weizen auf Termine anfangs 1 Bkthlr. niedriger bezahlt. Per April-Mai 5400 Pfd. netto 114 Bkthlr. Br. und 6. Roggen ab Danzig per April-Mai 1 Bkthlr. niedriger offerirt, auch Roggen auf Termine wurde anfangs 1 Bkthlr. niedriger bezahlt. Per April-Mai 5060 Pfd. netto 75 Br. u. Gd. Del per Mai 31 $\frac{1}{2}$, fest, per October 26 $\frac{3}{4}$ —26 $\frac{5}{8}$, matt. Kasse 3000 Sack Rio und Santos wurden gekauft. Stimmung fest. Zinf geschäftslos. — Rüßel.

Amsterdam, 2. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen un-
ändert. Roggen per Herbst etwas flauer, sonst unverändert. Rapps per
October 71 $\frac{1}{2}$. Rüßel per Mai 50 $\frac{1}{2}$, der Herbst 41 $\frac{1}{2}$.